



Gemeinderat

Protokoll Nr. 3 / 2010

Datum 8. April 2010

Dauer 14.00 - 17.35 Uhr

Anwesend

Präsident Thomas Hensel

Mitglieder	Fritz Imholz	Dr. Luca Tenchio
	Jon Pult	Dr. Chantal Marti-Müller
	Fred Bieler	Josias F. Gasser
	Dr. Carla Maissen	Christian Durisch
	Thomas Leibundgut	Lucrezia Bernetta
	Anita Mazzetta	Rita Cavegn Hänni
	Cornelia Crüzer Ettisberger	Beda Frei
	Reto A. Lardelli	Franco Lurati
	Andy Kollegger	Gieri Derungs

Stadtrat Stadtpräsident Christian Boner
Stadträtin Doris Caviezel-Hidber
Stadtrat Roland Tresp

Entschuldigt Tina Gartmann-Albin
Dr. Dominik Infanger

Protokoll Stadtschreiber Markus Frauenfelder



Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 11. März 2010
2. Rechtliche Verselbstständigung der Pensionsversicherungen des Personals der Stadt Chur (PVSC) und der Mitglieder des Stadtrates von Chur (PVSRC); Erlass eines Gesetzes über die Pensionskasse der Stadt Chur Botsch. Nr. 18/2010
3. Änderung der Verordnung für die Geschäftsprüfungskommission; Bericht der Vorberatungskommission
4. Aufhebung des Organisationsstatutes des Schulverbandes der Gemeinden Churwalden, Malix und Chur in Passugg-Araschgen Botsch. Nr. 19/2010
5. Erneuerung Konzessionsvertrag über den Kiesabbau Botsch. Nr. 20/2010
6. Auftrag Andy Kollegger und Mitunterzeichnende betreffend Einführung eines Risikobeurteilungssystems; Bericht Nr. 21/2010
7. Auftrag Lucrezia Bernetta und Mitunterzeichnende betreffend mehr Sicherheit beim Polizeihandeln; Bericht Nr. 22/2010
8. Auftrag Andy Kollegger und Mitunterzeichnende betreffend Vereinfachung und Beschleunigung von Bewilligungsverfahren für energetische Gebäudesanierungen; Bericht Nr. 23/2010
9. Auftrag Jon Pult und Mitunterzeichnende betreffend Verbindung Tittwiesenstrasse-Bahnhofunterführung als Langsamverkehrsverbindung; Bericht Nr. 24/2010
10. Interpellation Tina Gartmann und Mitunterzeichnende betreffend Gemeinschaftsgräber; Antwort Nr. 25/2010

Infolge Abwesenheit von **Tina Gartmann-Albin** wird Traktandum 10 auf die nächste Sitzung verschoben.

1. Protokoll der Sitzung vom 11. März 2010

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig genehmigt.



2. **Rechtliche Verselbstständigung der Pensionsversicherungen des Personals der Stadt Chur (PVSC) und der Mitglieder des Stadtrates von Chur (PVSRC); Erlass eines Gesetzes über die Pensionskasse der Stadt Chur**

Mit Botschaft Nr. 18/2010 beantragt der Stadtrat:

1. *Das Gesetz über die Pensionskasse Stadt Chur wird genehmigt.*
2. *Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass sich am Gesetz als Folge der definitiven Prüfung durch die BVG- und Stiftungsaufsicht nachträgliche Änderungen ergeben können.*
3. *Das Gesetz untersteht gestützt auf die Bestimmungen der Stadtverfassung dem obligatorischen oder fakultativen Referendum.*
4. *Die Motion Tenchio und Mitunterzeichnende betreffend Verselbstständigung der städtischen Pensionskasse des Personals der Stadt Chur und der Mitglieder des Stadtrates ist als erledigt abzuschreiben.*

Für die Behandlung dieses Geschäfts nehmen der Präsident der Versicherungskommission, Prof. **Bruno Ern**, sowie Geschäftsstellenleiter **Leonhard Nold** Einsitz.

EINTRETEN ist unbestritten.

- **Antrag FDP-Fraktion**

„Das Geschäft wird verschoben, bis der Bericht zur Leistungsoptimierung des Stadtrates vorliegt und durch den Gemeinderat behandelt wurde.“

Frau Marti-Müller begrüsst die mit dem Geschäft einhergehende Risikoreduktion für die Stadt, möchte dieses aber noch durch eine Vorberatungskommission prüfen lassen.

Auch die Pensionskasse sei der zurzeit laufenden Aufgaben- und Leistungsüberprüfung zu unterwerfen. Zudem gehe es um einen Erlass mit 78 Artikeln - die Frage sei deshalb, ob die Verselbstständigung so umfassend oder aber in einem Rahmengesetz geregelt werden solle.

Tenchio wendet sich gegen den Antrag; das aktuelle Regelwerk sei durch einen vom Gemeinderat beauftragten Experten geprüft worden, weshalb eine nochmalige Begut-



achtung der materiellen Normen nicht notwendig sei. Zudem habe der Stadtrat in der Botschaft transparent aufgezeigt, wo sich materielle Änderungen aufgedrängt hätten. Die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung dürfe nicht zu einer generellen Sistierung sämtlicher gesetzgeberischer Aktivitäten führen.

Der Antrag stösst in der Diskussion auf Verständnis, doch wird auf die bereits erwähnte Entstehungsgeschichte der Vorlage verwiesen. Die Verselbständigung wird als richtig bezeichnet. Die Versicherungskommission wird für ihre „hervorragende“ Arbeit gelobt.

Der **Stadtpräsident** wendet sich ebenfalls gegen die Einsetzung einer Vorberatungskommission; sämtliche bestehenden Bestimmungen seien in den Gesetzesentwurf überführt und in einer Synopse transparent aufgezeigt worden. Sollte das Gesetz heute verabschiedet werden, könnte es am 1. Januar 2011 in Kraft treten. Falls der Gemeinderat die Behandlung des Geschäfts verschiebe, so trete die Vorlage später in Kraft, was grundsätzlich machbar sei. Das vorliegende Gesetz solle im Rahmen der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung wie alle anderen Erlasse behandelt werden. Es könne zudem sein, dass der Gemeinderat im Juni nicht alle vorgeschlagenen Massnahmen beschliesse.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 11 zu 8 Stimmen abgelehnt.

DETAILBERATUNG:

Art. 38, Todesfallkapital

- **Antrag Tenchio**

„Abs. 5 (neu)

Die Pensionskasse informiert im Zusammenhang mit dem Vorbezug von Pensionskassengeldern für Wohneigentum über die Möglichkeit einer freiwilligen Todesfallrisikoversicherung.“

Tenchio verweist auf Härtefälle aus der Praxis, welche mit dem Abschluss einer freiwilligen Todesfallrisikoversicherung hätten gemildert werden können.



In der Diskussion ist das Anliegen an sich unbestritten, doch wird die Meinung vertreten, dieses in der Verordnung und nicht im Gesetz zu regeln. Auch ergeht die Frage, wer haftete, wenn der entsprechende Hinweis an den/die Versicherte/n unterbleibe.

Auch der **Präsident der Versicherungskommission**, Prof. Bruno Ern, spricht sich für eine Regelung auf Stufe Reglement aus. Das Formular für den WEF-Vorbezug sei zudem entsprechend angepasst worden; der oder die Versicherte müsse demnach zwingend Kenntnis nehmen.

Tenchio fragt den Präsidenten der Versicherungskommission, ob er bereit sei, der Kommission einen entsprechenden Antrag auf Änderung des Reglements zu unterbreiten, was von diesem bejaht wird. Aufgrund dieser Zusage zieht Tenchio seinen Antrag zurück.

Der **Gemeinderatspräsident** stellt Beilage 3, Entwurf PKSC-Gesetz und PKSC-Reglement, artikelweise zur Diskussion; letzteres nur informativ.

Tenchio stellt eine Verständnisfrage, die vom Präsidenten der Versicherungskommission beantwortet wird.

Schlussabstimmungen:

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig zum Beschluss erhoben.

Der **Präsident der Versicherungskommission**, Prof. Bruno Ern, dankt dem Rat für das Vertrauen und verspricht, sich für eine erfolgreiche Umsetzung zu engagieren.

3. Änderung der Verordnung für die Geschäftsprüfungskommission; Bericht der Vorberatungskommission

Der **Gemeinderatspräsident** verliest den Antrag der Vorberatungskommission auf Seite 2 ihres Berichts vom 9. Februar 2010 und denjenigen des Stadtrates (SRB 134 vom 1. März 2010).



Antrag der Vorberatungskommission

1. *Auf die Kommissionsvorlage zur Änderung der GPK-Verordnung sei einzutreten.*
2. *Die Änderungsvorschläge der Kommission zu Art. 9 und 12 Abs. 2 GPK-Verordnung seien zu genehmigen.*
3. *Der Auftrag der GPK vom 5. März 2009, vom Gemeinderat am 18. Juni 2009 überwiesen, sei abzuschreiben.*
4. *Die Vorberatungskommission zur Änderung der GPK-Verordnung sei aufzuheben.*

Antrag des Stadtrates

Der Stadtrat unterstützt sämtliche Anträge der Kommission entsprechend dem Schlussbericht vom 9. Februar 2010, insbesondere die Neufassung von Art. 9 der GPK-Verordnung sowie die redaktionelle Änderung von Art. 12 Abs. 2.

EINTRETEN ist unbestritten.

Tenchio zeigt sich enttäuscht über die Formulierung von Art. 9. Er habe Bedenken betreffend der Ausnahmen von der Überprüfung laufender Geschäfte „individuell-konkrete Verwaltungsverfahren und Verwaltungsakte“: Unter „Verwaltungsakt“ könne alles subsummiert werden. Die im Auftrag enthaltene Formulierung der „justizförmigen Verfahren“ sei besser gewesen. Er schlägt vor, „und Verwaltungsakte“ zu streichen.

Für **Kommissionspräsident Lardelli** ist die Formulierung völlig klar; es handle sich um individuell-konkrete Verwaltungsverfahren und individuell-konkrete Verwaltungsakte.

GPK-Präsident Frei sieht das Hauptanliegen seiner Kommission als erfüllt. Bisher habe der Stadtrat über laufende Geschäfte orientieren können. Mit dem vorgeschlagenen Artikel müsse der Stadtrat orientieren, wenn die GPK dies wolle. Die neue Formulierung bedeute aber auch, dass die GPK mehr Verantwortung übernehmen müsse.

Der **Stadtpräsident** führt aus, die GPK habe einen Auftrag an den Stadtrat gerichtet, und der Gemeinderat habe eine Kommission eingesetzt, um eine passende Formulierung zu finden. Der Stadtrat sei mit der vorgeschlagenen Fassung einverstanden.

**DETAILBERATUNG** (Art. 9 und Art. 12 Abs. 2)

Keine Wortmeldungen.

Schlussabstimmung:

1. Auf die Kommissionsvorlage zur Änderung der GPK-Verordnung wird eingetreten.
 2. Die Änderungsvorschläge der Kommission zu Art. 9 und 12 Abs. 2 GPK-Verordnung werden mit 18 Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.
 3. Der Auftrag der GPK vom 5. März 2009, vom Gemeinderat am 18. Juni 2009 überwiesen, wird einstimmig abgeschrieben.
 4. Die Vorberatungskommission zur Änderung der GPK-Verordnung wird einstimmig aufgehoben.
- 4. Aufhebung des Organisationsstatutes des Schulverbandes der Gemeinden Churwalden, Malix und Chur in Passugg-Araschgen**

Mit Botschaft Nr. 19/2010 beantragt der Stadtrat:

1. *Das Organisationsstatut des Schulverbandes der Gemeinden Churwalden, Malix und Chur in Passugg-Araschgen vom 12. März 1995 (RB 741) wird vorbehältlich der Zustimmung der Gemeinde Churwalden und der Regierung des Kantons Graubünden auf Ende Schuljahr 2009/2010 aufgehoben.*
2. *Die Aufhebung dieses Beschlusses wird gemäss den Bestimmungen der Stadtverfassung dem obligatorischen oder fakultativen Referendum unterstellt.*

Das Geschäft sorgt insbesondere vor dem Gemeinderatssaal für grossen Publikumsaufmarsch.

In der Diskussion wird betont, dass es beim vorliegenden Geschäft nicht um die Existenz der Schule, sondern um die Aufhebung des Statuts gehe. Es wird deutlich, dass der Rat detaillierte Entscheidungsgrundlagen zur Zukunft der Tagesschule Passugg erwartet.

Stadträtin Doris Caviezel-Hidber verspricht seriöse und fundierte Abklärungen. Der Rat werde einen politischen Entscheid fällen müssen, denn die Schule werde etwas kosten, vor



allem auch, wenn man die Schülerzahlen und die entsprechenden Prognosen betrachte. Der Schulrat werde eine entsprechende Stellungnahme abgeben.

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig zum Beschluss erhoben.

5. Erneuerung Konzessionsvertrag über den Kiesabbau

Mit Botschaft Nr. 20/2010 beantragt der Stadtrat:

Der neue Konzessionsvertrag zwischen der Stadt sowie der politischen Gemeinde Haldenstein und der Kieswerk Calanda AG, gültig ab 1. Mai 2010, wird genehmigt.

Frau Mazzetta begrüsst die Erneuerung des Konzessionsvertrags wegen der herabgesetzten Entnahmemenge. Die Kiesentnahme sei einer der wichtigsten Gründe für die Eintiefung des Rheins, welche sich in den nächsten Jahren nochmals verstärken werde. Die vorliegend geregelte Kiesentnahme sei aller Voraussicht nach nachhaltig. Sie rege an, dass der Stadtrat die Resultate des zehnjährigen Versuchs vor einer allfälligen Konzessionsverlängerung dem Gemeinderat vorlege. Zudem solle vor Ablauf der Konzession eine Abstimmung der Raumansprüche für die Sohlrampe, den Kiesabbau und die Schaffung eines Naherholungsgebietes vorgenommen werden. Der zuständige Stadtrat werde um eine entsprechende **Protokollerklärung** gebeten.

Stadtrat Tremp führt aus, dass das jährliche Geschiebe der Plessur in den Rhein rund 30'000 m³ betrage. Das Entwicklungskonzept Alpenrhein gehe von einer sehr langfristigen Perspektive aus, und die Abtiefung würde auch ohne Kiesentnahme stattfinden. Die Stadt sei in dieses Konzept involviert. Dessen Umsetzung werde Konsequenzen auf Stufe Regionalplanung und Gemeinden haben. Die Stadt verfolge die Entwicklung der Fliessgewässer bezüglich Auswirkungen auf die Sohle, das Grundwasser und die Sohlenerosion im Bereich der Brücken. Er könne **zu Protokoll** geben, dass diese Überlegungen in die Beurteilung der künftigen Konzessionserneuerung Eingang finden werden.

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig zum Beschluss erhoben.



**6. Auftrag Andy Kollegger und Mitunterzeichnende betreffend Einführung eines Risiko-
beurteilungssystems; Bericht**

Mit Bericht vom 15. März 2010 (Geschäft Nr. 21/2010) beantragt der Stadtrat, der Auftrag sei abzulehnen.

10 Wortmeldungen.

Abstimmung:

Der Auftrag wird mit 15 zu 4 Stimmen abgelehnt.

**7. Auftrag Lucrezia Bernetta und Mitunterzeichnende betreffend mehr Sicherheit beim
Polizeihandeln; Bericht**

Mit Bericht vom 1. März 2010 (Geschäft Nr. 22/2010) beantragt der Stadtrat, der Auftrag sei abzulehnen.

Gestützt auf Art. 59 Abs. 3 Geschäftsordnung wird der Auftrag wie folgt geändert:

„Der Stadtrat wird bei Überweisung beauftragt, dafür zu sorgen, dass die Churer Polizei, bei Anfrage verpflichtet wird, die „Visitenkarte“ im oben genannten Sinn zu verwenden.“

6 Wortmeldungen.

Abstimmung:

Der geänderte Auftrag wird mit 10 zu 9 Stimmen überwiesen.

8. Auftrag Andy Kollegger und Mitunterzeichnende betreffend Vereinfachung und Beschleunigung von Bewilligungsverfahren für energetische Gebäudesanierungen; Bericht

Mit Bericht vom 1. März 2010 (Geschäft Nr. 23/2010) beantragt der Stadtrat, der Auftrag sei abzulehnen.



3/2010

3 Wortmeldungen.

Kollegger zieht seinen Auftrag gestützt auf Art. 59 Abs. 4 zurück.

9. Auftrag Jon Pult und Mitunterzeichnende betreffend Verbindung Tittwiesenstrasse-Bahnhofunterführung als Langsamverkehrsverbindung; Bericht

Mit Bericht vom 15. März 2010 (Geschäft Nr. 24/2010) beantragt der Stadtrat, der Auftrag sei infolge abgeschlossener Verlängerung des Bauprovisoriums als gegenstandslos abzuschreiben.

1 Wortmeldung.

Abstimmung:

Der Auftrag wird infolge abgeschlossener Verlängerung des Bauprovisoriums einstimmig als gegenstandslos abgeschrieben.

Chur, 15. April 2010

Der Stadtschreiber:

Markus Frauenfelder